

**Peter Beinart: Die amerikanischen Juden und Israel.
Was falsch läuft. C.H. Beck-Verlag: München 2013. 320
Seiten.**

Dass die jüdischen Lobbyorganisationen in Amerika bestrebt sind, die Nahostpolitik der USA in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu bestimmen, ist bekannt. Aber wie weit reicht dieser Einfluss, wie stark ist er wirklich, worin besteht er inhaltlich? In seinem Buch, das 2012 unter dem Titel „The Crisis of Zionism“ in Nordamerika erschienen ist und 2013 von C. H. Beck (München) in deutscher Übersetzung von Stephan Gebauer herausgebracht worden ist, geht Peter Beinart diesen Fragen nach. Beinart ist amerikanischer Jude und arbeitet laut Klappentext als Journalist und als Professor für Politikwissenschaft an der City University in New York. Er ist somit er in beiden Bereichen zu Hause und kennt sich darin aus, in dem des Judentums, speziell des amerikanischen, und in dem der Politischen Wissenschaft.

Sein Buch geht allerdings über die eben genannten Punkte hinaus. Ihn bewegt die Frage, ob und inwieweit die seit 45 Jahren anhaltende Besatzung des Westjordanlandes durch Israel und die permanente Ausweitung der jüdischen Besiedlung nicht verhängnisvolle Rückwirkung auf die Demokratie in Israel selbst hat und inwieweit dadurch nicht die ursprünglichen Zielvorstellungen des Zionismus verdunkelt, ja entstellt werden. Außerdem ist er beunruhigt durch die Beobachtung, dass innerhalb der amerikanischen Judenheit die jüngere und junge Generation entgegen dem Establishment, wie es sich in den Lobbyorganisationen präsentiert, ein lebendiges Interesse am Staat Israel und seinem Ergehen auf Grund seiner Politik gänzlich zu verlieren droht. In dem Fall, würde das Feld politischer Auseinandersetzung in den USA, was Israel betrifft, endgültig denen überlassen werden, die nicht mitbekommen haben oder nicht

wahrhaben wollen, dass im Bereich der Politik und der Geschichte seit 1945 sowie seit 1948 ein grundlegender Paradigmenwechsel eingetreten ist: „An die Stelle der jüdischen Ohnmacht ist die jüdische Macht getreten“ (S. 10). Aus den Opfern in früheren Zeiten sind Täter geworden, Täter zunächst neutral im Sinne von selbstmächtigen politischen Akteuren gemeint, und Beinart sieht zu der Feststellung genötigt: „Da wir Juden kaum über unsere neue Macht sprechen, wird uns nicht bewusst, dass diese Macht auch missbraucht werden kann“ (11 f.). Solchen fundamentalen Machtmissbrauch sieht Beinart darin gegeben, dass Israel „ein Gebiet besetzt hält, auf dem nur die Juden, nicht jedoch die Nichtjuden Bürgerrechte genießen“ (14). Er fragt sich deshalb, „was aus einem Zionismus wird, der die Prüfung des Umgangs mit der Macht nicht besteht“ (10).

In der „Einleitung“ legt er dar, wodurch er als „guter Jude“ und Verteidiger des Staates Israel zu seiner kritischen Beurteilung des Agierens der amerikanisch-jüdischen Lobbyorganisationen und der Politik Israels gekommen ist. Seine Antwort: Es ist der unverstellte Blick auf die Lebenswirklichkeit der Palästinenser, die von den etablierten jüdischen Lobbyorganisationen in den USA nicht wahrgenommen wird. Dieser Blick und das, was er ausgelöst hat, haben seine eigene Einstellung zu dem Problemkreis im Laufe der Zeit grundlegend verändert. „Unkenntnis des Leidens der Palästinenser führt zu Gleichgültigkeit oder sogar zu Verachtung“, sagt er an späterer Stelle (59).

Das 1. Kapitel „Die Krise in Israel“ eröffnet Beinart mit dem Bekenntnis: „Ich bin ein Zionist“ (19), um fortzufahren, „...“, dass der Staat der Juden, im Bewusstsein der Geschichte des jüdischen Leidens, *all* seinen Einwohnern die gleichen Rechte zugestehen muss“. Schon in der Einleitung formuliert er: „Aber der Staat der Juden darf nicht irgendein Staat sein“ (9). Grundlegend für sein Verständnis von Zionismus und Staat Israel sind die Gedanken und

Schriften von Theodor Herzl, insbesondere dessen Roman „Altneuland“ von 1902. In der Gründungserklärung des Staates Israel von 1948, in der „allen Einwohnern dieses Staates soziale und politische Gleichberechtigung ,ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht“ zugesprochen wird, sieht er die politische und staatsrechtliche Umsetzung der Ideen von Herzl und den anderen zionistischen Gründungsvätern (21; auch 209).

Mit dieser kollidierte jedoch von vorneherein das Bedürfnis nach Sicherheit und Unangreifbarkeit, das jeder Staat hat, der israelische aus naheliegenden Gründen aber besonders. Beinart stellt dar, welche Auswirkungen dieser Zielkonflikt für die innere Entwicklung des jungen Staates bis 1967 gehabt hat, und macht auf einen weiteren, kritischen Punkte aufmerksam: Herzl und die anderen Gründerväter zogen nicht in Betracht, dass es auch eine arabische Nationalbewegung geben könnte, „die einen eigenen Staat in Palästina beanspruchen würde“, der man gerade von einem der Grundgedanken des Zionismus aus, nämlich dem des Rechts der Juden auf einen Nationalstaat, die Legitimität nicht absprechen kann.

Entscheidend jedoch für die tiefe Krise ist die anhaltende Besatzung des Westjordanlandes und die damit einhergehende fortgesetzte Siedlungstätigkeit durch jüdische Siedler. Es haben sich dadurch sozusagen unter der Hand zwei Staatswesen in der Region herausgebildet: In den alten Grenzen von 1967 ein Israel, das man als „eine fehlerhafte, aber echte Demokratie“ bezeichnen könnte, und in den eroberten Gebieten eine Ethnokratie, in der der Mehrheit der Bevölkerung von der Minderheit der Bevölkerung und der mit ihr verbundenen Staatsmacht die demokratischen Grundrechte vorenthalten werden (27; auch 210). Damit sieht Beinart Grundintentionen des Zionismus in Frage gestellt.

Kern der Krise ist: „Die antidemokratische Kultur des Westjordanlands bedroht die demokratische Kultur Israels“ (33), weil

sie in Israel die Zunahme von Gewalt und die Entstehung eines antiarabischen Rassismus bis hin zu Gedanken eines Bevölkerungstransfers verursacht (28-40). Nimmt man noch die demographische Entwicklung hinzu, könnte es durchaus sein, dass „Herzls Traum zerstört wird“. Und das ist es, was die führenden Vertreter des jüdischen Establishments in den USA nicht sehen können oder nicht sehen wollen.

Damit beschäftigt sich Kapitel 2 „Die Krise in den Vereinigten Staaten“. Denn die maßgeblichen und einflussreichen amerikanischen jüdischen Lobbyorganisationen werden seit längerem von älteren und alten Männern geführt und geprägt, die entweder noch selbst als Kinder oder deren Eltern oder Verwandte dem Holocaust und anderen Verfolgungen und Pogromen in der Welt entkommen oder auch zum Opfer gefallen sind. Sie sehen das Judentum weltweit und den Staat Israel, die Zufluchtsstätte für bedrohte und verfolgte Juden in aller Welt, ständig in der Rolle permanenten Bedrohtseins durch grundsätzlich judenfeindliche Aggressoren.

Das war nicht immer Fall. Nach Beinart sind die meisten der bekannten jüdischen Lobbyorganisationen in Amerika Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet worden, mit dem Ziel, sich am Kampf generell für Liberalität, Toleranz, Gleichberechtigung auf allen Gebieten und gegen Antirassismus zu beteiligen (46-49). Dies war der Gesamtrahmen, innerhalb dessen man sich auch für einen demokratischen jüdischen Staat im Sinne Herzls interessierte und engagierte. Beinart verwendet dafür den Ausdruck „Amerikanischer Zionismus“ und formuliert: Die Vorstellungen der Väter des amerikanischen Zionismus „entsprach(en) den progressiven Anliegen, für die sie sich in der amerikanischen Gesellschaft einsetzten“ (46).

Durch den Sechs-Tage-Krieg von 1967 und seitdem driften „der jüdisch-amerikanische Liberalismus und der organisierte amerikanische Zionismus“ auseinander (49). Denn statt der Anerkennung, die man sich erhoffte, stieß Israel in vielen Teilen der Welt auf Ablehnung. Als Ursache dafür machte die Führung des organisierten amerikanischen Judentums alsbald den immer noch vorhandenen weltweiten Antisemitismus aus: „Der ewige Hass der Welt auf die Juden“ (51-53). „In den siebziger Jahren verdrängte die Betonung der Opferrolle – insbesondere als Strategie zu Verteidigung Israels – den Liberalismus und wurde zum zentralen Bestandteil des Weltbilds des organisierten amerikanischen Judentums“ (51).

Wie Beinart jedoch nicht müde wird zu betonen, repräsentieren die amerikanischen jüdischen Organisationen keineswegs die Mehrheit der Juden Amerikas. Diese blieb vielmehr liberal wie eh und je. „Ende der neunziger Jahre befürworteten fast zwei Drittel der jüdischen Amerikaner die Gründung eines palästinensischen Staates“ und einen Stopp der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten (55 f.).

Dieses Auseinanderdriften hat fatale Folgen: Die jüngeren und jungen liberalen Juden suchen sich andere Objekte für ihren Einsatz für Freiheit, Gleichberechtigung, Toleranz. Israel gerät bei ihnen aus dem Blick, bedeutet ihnen nichts oder so gut wie nichts mehr. Auf der anderen Seite gewinnen durch den „Rückzug der liberalen Geldgeber aus den jüdischen gemeinnützigen Organisationen“ (57) die konservativen, illiberalen Geldgeber immer mehr an Einfluss und prägen die inhaltliche Ausrichtung der Lobbyorganisationen. So kommt es, dass diese seit den neunziger Jahren gewissermaßen zu Sprachrohren der rechtsgerichteten Regierungen Israels in den USA geworden sind, zu deren Anlaufstellen und gefolgsamen Unterstützern. Darum hat man der anders ausgerichteten Regierung

Rabin – Peres seiner Zeit das Leben und Wirken in Washington und überhaupt in den USA so schwer wie möglich gemacht.

Fazit: Für die amerikanischen jüdischen Organisationen zählt in erster Linie die Existenz eines starken Staates Israel als solche. Welcher politischen Zielsetzung dieser Staat sich verpflichtet fühlt, ist so ziemlich aus dem Blick geraten, und aus dem Blick geraten oder, genauer gesagt: bisher noch nie in den Blick gekommen sind die Palästinenser.

Im dritten Kapitel seines Buches geht Beinart der in den USA viel diskutierten Frage nach: „Sollten die amerikanischen Juden Israel kritisieren?“ Dies wird von ihren führenden politischen Organisationen strikt verneint.

Beinart stellt ihre Argumente vor und weist minutiös nach, daß alle miteinander nicht stichhaltig sind. Sie beruhen auf einer eingeschränkten, zum Teil verzerrten Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit.

Besonderes Augenmerk legt er natürlich auf die – auch bei uns ja oft vorgetragene – Behauptung, Kritik an Israel sei in Wahrheit nur Ausdruck für Antisemitismus. Beinart stellt nicht in Abrede, daß es nach wie vor weltweit Antisemitismus gibt. Die falsche Gleichsetzung von Kritik politischer Macht mit Antisemitismus verhindere aber die notwendige kritische Begleitung, der jedes Staatswesen und somit auch der Staat Israel für seine Machtausübung bedarf. „Mit der Macht geht die Versuchung einher, sie zu missbrauchen, und wer den Vorwurf des Antisemitismus einsetzt, um Israel gegen Kritik abzuschirmen, trägt dazu bei, dass Israel dieser Versuchung erliegen wird“ (73). Nicht dem Staat Israel werde die Legitimität abgesprochen, sondern der Besetzung der Palästinensergebiete und der Besatzungspolitik daselbst. Beinarts Sorge: „Je undemokratischer der Zionismus in der Praxis wird, desto größer

wird die Zahl der Menschen in aller Welt werden, die die Legitimität des Zionismus in Zweifel ziehen“ (66).

Kapitel 4 widmet sich der Frage: „Ist die Besetzung Israels Schuld?“ „Wenn man der Führung der amerikanischen Juden Glauben schenken darf, so ist die Besetzung ein moralisches Recht, eine sicherheitspolitische Notwendigkeit oder eine Last, deren sich Israel liebend gern entledigen würde – was es jedoch nicht kann, weil die Palästinenser in Wirklichkeit keinen Staat wollen, der Seite an Seite mit Israel existiert“ (75).

Die ausführliche und politisch lehrreiche Auseinandersetzung Beinarts mit dieser Position kann hier im Einzelnen nicht wieder gegeben werden. Auch auf seine Darstellung, warum die Gipfelgespräche in Camp David 2000 und der Osloer Gesprächsprozess gescheitert sind, kann hier nur hingewiesen, aber nicht näher eingegangen werden – mit einer Ausnahme: Es geht um den wichtigen Gedanken, dass der beste äußere Schutz Israels in der Existenz eines eigenständigen palästinensischen Staates und in Verständigung und Friedensvereinbarungen mit den arabischen Nachbarvölkern bestehe. Beides werde aber durch die fortgesetzte und von den israelischen Regierungen auch noch geförderte Siedlungstätigkeit verhindert, die vom Westjordanland nur noch 60 Prozent als Staatsgebiet für die Palästinenser übrig ließe (83).

„Der jüdische US-Präsident“

Mit dieser überraschenden Überschrift zu Kapitel 5 will Beinart die gedankliche und gesellschaftspolitische Herkunft Barack Obamas charakterisieren: Er sei gewissermaßen eine „Verkörperung jenes jüdischen Liberalismus“ oder liberalen Zionismus“ gewesen, von dem sich die führenden jüdischen Organisationen in den USA abgekehrt haben“ (99).

Nach Beinart ist Obama auf allen Stationen seines Lebensweges umgeben gewesen und geprägt worden von Vertretern eines offenen, liberalen und progressiven Judentums. Sie setzen oder setzten sich in der einen oder anderen Form alle aktiv ein für die Bürgerrechtsbewegung und ihre Ziele, für Gleichberechtigung der Afroamerikaner, für die Beendigung des Vietnamkriegs, für eine Unterscheidung der Unterstützung für den Staat Israel von der Unterstützung der Politik der jeweiligen israelischen Regierungen, für die Beendigung der Besatzung des Westjordanlandes und der Siedlungspolitik dort (99-114).

Doch im Präsidentschaftswahlkampf merkt Obamas Wahlkampfteam, dass das bisherige Profil erst das Missfallen und dann die Ablehnung und Gegnerschaft bei den führenden jüdischen Interessensvertretungen erregt. Deshalb schwächen seine Wahlkampfstrategen seine Äußerungen immer mehr ab oder schreiben sie für die Berichterstattung auch schon einmal um (116). Der Beraterstab wird so umsortiert, dass seine Mitglieder keine Angriffsflächen für die jüdischen Lobbyorganisationen bieten. Das Ergebnis: Obama äußert im Wahlkampf nichts mehr, was den Unwillen des amerikanisch-jüdischen Establishment erregt oder erregen könnte.

Das 6. Kapitel „Der monistische Ministerpräsident“ widmet sich dem geistig-politischen Hintergrund Benjamin Netanjahus. Über seinen Vater Benzion Netanjahu ist er geprägt von der Gedankenwelt des Begründers des revisionistischen Zionismus, Wladimir Jabotinsky. Wladimir Jabotinsky (1880 – 1940) trennte er sich vom Jüdischen Weltkongress und gründete 1931 eine eigene Bewegung, den sog. Revisionistischen Zionismus. Sein politisches Weltbild kann so umschrieben werden: Ursprünglich waren die Juden ein kriegerisches Volk, das sich erfolgreich gegen Angreifer und Großreiche ihrer Zeit zur Wehr gesetzt haben. Ihr Niedergang

begann, als die Propheten mit ihrer ethischen und sozialen Botschaft auftraten, und vollendete sich gewissermaßen, als in Zeiten der Diaspora, d.h. nationaler und militärischer Ohnmacht die Juden „militärische Stärke durch religiöse Rituale und Ethik ersetzen“ (122).

Das war ein Fehler, der unbedingt korrigiert werden muss. Deshalb ist kompromisslos ein eigenes Land, staatliche Souveränität und militärische Macht zu fordern und zu erringen (122). Danach zu fragen, welche Prinzipien für den neuen Staat der Juden gelten sollten, ist gefährlich und abwegig; denn wenn ein jüdischer Staat an äußeren moralischen Maßstäben gemessen werden könnte, wäre der Zionismus ja nicht von sich aus moralisch. Das Streben nach einem starken jüdischen Staat ist als solches aber moralisch und gerecht. Es gibt keine andere Moralität. Es gibt kein höheres Ideal, als das „einer jüdischen Mehrheit an beiden Ufern des Jordan als erstem Schritt zur Errichtung des Staates. Wir nennen das ‚Monismus‘“ (123).

Zur Durchsetzung ist ein starkes Militär erforderlich, das sich nur diesem Ziel verpflichtet weiß. Das Massaker an den Einwohnern des Dorfes Deir Jassin während des Unabhängigkeitskrieges ist bezeichnenderweise von den Mitgliedern zweier revisionistischer Untergrundorganisationen verübt worden, der sog. Stern – Bande und des „Irgun“¹ (125f.).

1939 beruft er Benzion Netanjahu zu seinem Privatsekretär. Nach Jabotinskys Tod 1940 wirbt er acht Jahre lang in den USA und danach Jahrzehnte lang in Israel ungebrochen für Jabotinskys Anschauungen. Benjamin Netanjahu nun ist in der Gedankenwelt Jabotinskys und seines Vaters Benzion groß geworden und von ihr geprägt. Welches sind seine politischen Ziele?

¹ „Irgun“= „Nationale Militärorganisation“.

„Vor allem will Netanjahu die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates verhindern“ (135; 137; 139; 141). Israels Staatsgebiet muss das Westjordanland und den Gazastreifen mit umfassen (138). Deshalb führt er die von Rabin abgeschafften Subventionen für jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten wieder ein und sanktioniert und genehmigt den weiteren Ausbau der Siedlungen (141 f.). Für die Palästinenser schwebt ihm die Einrichtung von vier autonomen, aber voneinander getrennten Kantonen vor, die keinen eigenen Staat bilden, aber in denen die Palästinenser unter jüdischer Oberhoheit ihr eigenes Bildungs- und Gesundheitswesen und eine eigene Verwaltung haben (143 mit Quellenangabe).

Die amerikanische Regierung fühlte sich durch solche Pläne herausgefordert und sah darin einen Angriff auf alle bisherigen Friedensbemühungen amerikanischer Präsidenten und den Osloer-Friedensgesprächsprozess. Der Konflikt war vorprogrammiert.

In Kapitel 7 – „Der Zusammenstoß“ – und Kapitel 8 – „Die Demütigung“ – zeichnet Beinart nach, wie sich der Konflikt zwischen Netanjahu und Obama aufgebaut und entladen hat. Beide Male ging es um den von der amerikanischen Regierung geforderten Siedlungsstopp, aber auch um die Frage der dauernden Besetzung des Westjordanlandes. Netanjahu gewann diese Konflikte, weil er die amerikanischen jüdischen Lobbyorganisationen und Verbände konservativer, radikaler Christen zu einem verbalen Trommelfeuer gegen Obama und seine Regierung bewog, und weil „Obama es nicht auf einen Kampf ankommen ließ“ (160).

Beinart resümiert: „In der Politik gegenüber Israel hatte sich Obama der politischen Realität angepasst, und diese wird weitgehend von den führenden Organisationen der amerikanischen Juden gestaltet“

(186). Eine Änderung wird nur durch neue Impulse möglich sein, die aus dem amerikanischen Judentum kommen müssen.

Im 9. Kapitel „Die Zukunft“ untersucht Beinart, wie groß die Chancen dafür sind. Ihn bedrücken nicht so sehr die gegenwärtigen klassischen Lobbyorganisationen, die kaum noch Anhalt in der jüngeren Generation haben, als vielmehr die Möglichkeit, daß sich auf der einen Seite ein orthodoxes Judentum immer breiter macht, das zwar ein brennendes Interesse an Israel hat, dem aber die Frage nach dem Zustand und der Zukunft der Demokratie in Israel und dem ursprünglichen Herzlschen Ansatz gleichgültig ist (191-196). Auf der anderen Seite ist er besorgt angesichts eines nicht-orthodoxen Judentums, das ein Interesse an Israel verliert, entweder weil es überhaupt kein Interesse mehr an den jüdischen Traditionen hat, oder weil es durch die politische Entwicklung in Israel und im Westjordanland sich zunehmend von Israel befremdet und entfremdet fühlt.

Wie kann, wie wird es weitergehen? Es ist dieser Fragekomplex, der im Schlusskapitel behandelt wird. Beinart befürchtet, dass die Beibehaltung und Fortführung der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik die Existenz des Staates Israel aufs Spiel setzt, und zwar in doppelter Weise: Einmal dadurch, dass Israel durch die Politik, die es betreibt, seinen demokratischen Charakter verliert, also nicht mehr das Israel ist, das die zionistischen Gründerväter einst wollten. Zum anderen dadurch, dass die Fortführung dieser Politik jenen radikalen Kräften unter den Palästinensern und Arabern Auftrieb gibt, die Israel überhaupt auslöschen wollen.

Ihm bereitet weiter Sorge, dass die von den klassischen jüdischen Lobbyorganisationen unterstützte Politik Israels zu einem Zerfall des amerikanischen Judentums führen möchte. „Der amerikanische Zionismus wird von Personen vereinnahmt werden, denen das Ideal der freiheitlichen Demokratie wenig bedeutet, und jene

amerikanischen Juden, die sich diesem Ideal verpflichtet fühlen, werden jede Beziehung zum jüdischen Staat verlieren oder ihn sogar ablehnen“ (213).

Beinart macht sich natürlich keine Illusionen, was Netanjahu und die von ihm repräsentierten politischen Kräfte in Israel, was die Lobbyorganisationen, den amerikanischen Kongress und die jetzige amerikanische Regierung betrifft. Aber er trägt eine Reihe von Aktionen, Maßnahmen und Vorschlägen zusammen, die in ihrer Gesamtheit und in ihrer Vernetzung durchaus ein Umdenken und Umsteuern bewirken könnten. Sie sind nachdenkens- und diskussionswert. Die zentrale Frage, vor die heute alle Juden in der einen oder anderen Form, gestellt sind, lautet seiner Meinung nach: „Wie können die Juden ihre Macht ethisch einsetzen?“ (223) „Ethisch“ heißt: auf der Basis und im Sinne der Unabhängigkeitserklärung, der Herzlschen Version des Zionismus, der jüdischen Tradition und der biblischen Propheten.

Beinarts aktuelles Nachwort

Die deutsche Ausgabe ist ein Jahr nach der amerikanischen Originalausgabe erschienen. Der Autor hat ihr ein eigenes Nachwort beigegeben, was es ihm ermöglicht, einige Dinge nachzutragen, die sich in der Zwischenzeit ereignet haben.

Zu Obamas Außenpolitik vertritt er die Einschätzung, sie werde sich darauf beschränken, „Israel mit wohlwollender Vernachlässigung zu begegnen“, und sich anderen Schwerpunkten zuwenden, zum Beispiel der Lösung des Iran-Problems (231-234).

Beinarts letzter Satz – „Stattdessen sollten wir Juden mit uns selbst ins Gericht gehen“ (234) – ist wohl als Hoffnung und als Appell an seine amerikanischen jüdischen Mitbürger zu verstehen, sich auf

einer gemeinsamen Basis von „Zionismus“ , jüdischer Tradition und Liberalität zu einen und damit zu den bestehenden Lobbyorganisationen ein politisches Gegengewicht zu bilden, das es künftigen amerikanischen Regierungen ermöglicht, eine andere, Israel und den Palästinensern dienlichere Politik zu entwickeln.

Angesichts des Titels stellt sich die Frage, was es für Leser in Deutschland eigentlich austragen soll, sich mit den Beziehungen der amerikanischen Juden zu Israel zu befassen. Wenn man aber angefangen hat zu lesen, merkt man schnell, dass Beinarts Buch einem nicht nur wichtige Informationen und Aspekte vermittelt, die einem so vorher nicht bekannt waren. Vor allem weckt es die Frage, wie es mit den Gewichten der deutschen Nahostpolitik bestellt ist und welchen Einflüssen sie unterliegt. Es weckt die Frage, ob die deutsche Nahostpolitik ebenfalls noch dem Konstrukt der Opferrolle verhaftet ist und wie sie zur Besetzung des Westjordanlandes, zur Siedlungstätigkeit dort und zur Forderung eines eigenen palästinensischen Staates steht. Und es weckt die Frage, welchen Stand und welches Gewicht selbstkritische jüdische Organisationen und Interessensvertretungen bei uns haben.

Eben darum aber ist zu fragen, ob das „Nachwort zur deutschen Ausgabe“ sich nicht besser darauf konzentriert hätte zu erörtern, welche Bedeutung das Buch für Leser in Deutschland hat. Es wäre kein Nachteil gewesen, wenn man dafür einen anderen, mit den Verhältnissen in Deutschland vertrauten Autor gewonnen hätte.

Dem Haupttext ist ein umfangreicher Anmerkungsteil beigegeben, der u. a. die Quellen benennt, auf die sich Beinart in seiner Darstellung stützt. Dazu gehören viele Gespräche, die der Autor mit den verschiedensten Persönlichkeiten geführt hat.

Resümee: Das Buch bietet eine informations- und aufschlussreiche, spannende, mitunter sogar aufregende Lektüre – auch für europäische Leser.

Nachbemerkung: Etwas betroffen machen die beiden Sätze im Abschnitt „Hinweis zu den Quellen“: „Einige meiner Quellen wollten mir nur unter der Bedingung Informationen geben, dass ich auf die Nennung ihrer Namen verzichten würde. Andere waren nur bereit, mit mir zu sprechen, nachdem ich ihnen garantiert hatte, keinerlei Hinweis auf ihre Identität zu geben“ (235).

*Dr. Jürgen Regul, Ratingen
im März 2014*
